

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich 52mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 50 Pf. Beilagen unter 25 s je laufend 15 Pf. Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 197.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 25. August 1931.

13. Jahrgang.

Gibst du dem Feinde nach, so gibt er dir den Frieden,
Und gibst du dir nicht nach, so ist dir Sieg beschieden.

Rückert.

Streifzüge in die französische Presse.

Während die deutsche Presse das telefonische Gespräch zwischen Laval und Brüning als die Auswirkung des versöhnlichen Geistes des französischen Ministerpräsidenten gedeutet, hat die französische Presse kaum Notiz davon genommen. Die meisten Zeitungen, die diese Tatsache nebenbei erwähnt haben, haben sie als einen Akt diplomatischer Höflichkeit gewertet. Politische Schlüsse sind nicht gezogen worden.

Ein großer Teil der Presse stellte fest, daß die Zeit eines Besuchs noch nicht da sei. Die Entwicklung Deutschlands der nächsten Monate müsse abgewartet werden. Das Ergebnis des Volksentscheids habe wohl gezeigt, daß die Vernunft gesiegt habe, doch sei die Zahl der „Revanchepolitiker“ noch immer groß. Außerdem sei eine Entscheidung über die Zollunion noch nicht gefallen.

Das „Journal des Débats“ vertritt die Meinung, daß schon ohne den Haug die Zollunion als abgetan gilt. Österreich hat vor einigen Tagen um Bewilligung von Krediten nachgesucht. Da Wien bekannt ist, daß der Völkerbund erst dann Hilfe gewährt wird, wenn Österreich auf „politische Abenteuer“ verzichtet, so ist damit zu rechnen, daß die Verwirklichung der Zollunion fallen gelassen wird. Das „Journal des Débats“ bezieht sich dabei auf eine Äußerung des „Neuen Wiener Journals“. Diese Zeitung, die gut unterrichtet sein soll, soll vor einigen Tagen geschrieben haben, daß die Zollunion in aller Stille schon vor der Genfer Tagung beigelegt wird.

Während die Lage in Österreich sich nach den Wünschen Frankreichs zu entwickeln scheint, ist die Lage Deutschlands noch immer stationär. „L'Action française“ teilte mit, daß Dr. Melchior in Basel eine Frist von 2½ Jahren für die Zurückzahlung der Kredite erbitten hatte. Der Stillhalte-Ausschuß hat dieser Bitte nicht stattgegeben. Dagegen ist Deutschland eine Galgenfrist von sechs Monaten bewilligt worden. Vor einem Monat — so schreibt dieses französische Blatt — hat Deutschland urbi et orbi verkündet, daß der Bankrott unvermeidlich sei, wenn ihm nicht in aller Kürze geholfen wird. Die Hilfe ist ausgeblieben und dennoch sei Deutschland nicht kaputt. Daraus könne man ersehen, wie unaufrichtig Deutschland ist (!).

Eine ruhige Haltung zeigen dagegen „Le Journal des Débats“ und der „Temps“. Beide französischen Blätter sind der Meinung, daß der Zusammenbruch unvermeidlich sei. Frankreich könne warten. Wenn es soweit ist, dann wird die deutsche Regierung ihre „stolze“ Haltung aufgeben und die Bedingungen, die Frankreich an die Gewährung langfristiger Kredite knüpft, annehmen. Und dann ist der Friede (natürlich von Versailles) gesichert. Erst dann könne Europa in Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen. Indem Frankreich Deutschland die helfende Hand bietet, leistet es Europa und der Welt einen unschätzbaren Dienst.

Da die großen französischen Blätter doch ein untrügerischer Barometer für die politische Stimmung sind, so wissen wir, woran wir sind.

Als Kuriosum dürften die nachstehenden Ausführungen gelten, die in einer bedeutungslosen Zeitschrift „La Lumière“ erschienen sind. „Wir stellen fest“, so schreibt dieses Blatt, „daß entgegen allen Mitteilungen die Anhänger der Revanche und des Krieges in Deutschland in der Minderheit sind. Die junge deutsche Republik hat sich im Kampf gegen den Nationalismus besonders verdient gemacht. Der Volksentscheid des 9. August hat gezeigt, daß eine Politik der Versöhnung, der Mitarbeit und der Rüstungsbeschränkung mit Deutschland möglich ist.“

Wir fordern deshalb:

1. Daß Frankreich Deutschland die Kolonien zurückgibt, die ihm laut Friedensvertrag entzogen worden sind,
2. daß Frankreich sich über die Rüstungsbeschränkungen mit Deutschland verständigt,
3. daß Frankreich eine internationale Konferenz zur Behebung der Wirtschaftskrise vorschlägt.“

„La Lumière“ ist, wie gesagt, eine Zeitschrift, die ohne Einfluß ist und von einigen Literaten, die sich vom linksgerichteten Blatte „Le Quotidien“ getrennt haben geleitet wird.

Bielefeld werden diese Ausführungen, die leider von den großen französischen Zeitungen verspottet werden und die keinesfalls die Meinung des überwiegenden Teils des französischen Volkes widerspiegeln, als „Auswirkung des versöhnlichen Geistes in Frankreich“ hingestellt. In Wirklichkeit handelt es sich zumeist bei solchen Äußerungen entweder um Geschäft (man denke an Hervé, der kürzlich ohne Auftrag ein Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen hatte, um damit seine „Vie-toire“ bekannt zu machen) oder um Ausführungen einflussloser Literaten, die im entscheidenden Augenblick gegen ihre Meinung handeln würden.

Das französische Volk und vor allem die französische Diplomatie wartet mit Ungebuld auf den Zusammenbruch Deutschlands, um uns endgültig auf Jahrzehnte hinaus zu ketten und die politischen Pläne eines Richelieus und Mazarins zu verwirklichen. E. J. R.

Politische Wahrheitsfälschungen.

Von Dr. Fritz Meier.

Wenn man die Politik eine „garstige“ Sache genannt hat, die den Charakter verderbe, so trifft das insofern zu, als man hier dauernd gegen Wahrheitsfälschungen zu kämpfen hat. Das macht viele Menschen müde und schreckt sie von politischer Betätigung zurück. Die Wahlmüdigkeit der 20 Prozent, die nie wählen, ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie meinen, es werde doch nichts helfen, weil man von allen Parteien belogen und betrogen werde. Zum Teil ist freilich auch Trägheit und Gleichgültigkeit die Ursache. Nun ja, die Wahrheit wird nirgends so vergewaltigt wie in der Politik. Das darf uns aber doch nicht müde machen, sondern wir müssen immer wieder für sie kämpfen.

Wahrheitsfälschungen können aus zwei ganz verschiedenen Quellen stammen, aus bewußter Absicht, um im selbstsüchtigen Interesse zu täuschen, aber auch aus gutem Glauben. Das erste ist Lüge, das zweite Irrtum. Beides kommt in der Politik vor, und man weiß manchmal nicht sicher, ob es sich um Lüge oder Irrtum handelt. Die sogenannten Tendenz- oder Zwecklügen empfindet nicht einmal der Urheber immer als Lüge. Sein eigenes Interesse macht ihn blind gegen die Wahrheit, er fälscht sie, ohne es zu wissen. Jeder kennt die unbewußten Kinderlügen. Die Phantasie ist ungemein erfindereich, ganz besonders aber die politische Phantasie. Wer kann sicher sagen, ob das Märchen von den abgehackten Kinderhänden ursprünglich als bewußte Lüge entstand oder aus einer überhitzten Phantasie. Wer weiß in jedem Fall, ob die oft ungeheuerlichen Parteilügen böswillig erfunden wurden oder einer ungezügelter Phantasie ihr Entstehen verdanken. Der Unfug mit den Schlagwörtern weist in diese Richtung. Die Phantasie steigert einzelne bedauernde Werte Tatbestände ins Grenzenlose. Wenn die kritische Masse immer wieder das Bild eines stiernackigen, feisten „Junkers“ oder „Pfaffen“ sieht, dann glaubt sie schließlich, daß alle unter ihnen Faulenzer und Lebemänner seien, während es doch solche in allen Ständen gibt. Die heutige Proletenzeit gibt dem politischen Kampfe oft Formen, die jeden anständigen Menschen mit Empörung erfüllen. Gewiß leiden viele Volksgenossen äußerlich weniger unter der Not als andere, manche auch gar nicht. Daß alle innerlich mit leiden und die Not der anderen zu lindern suchen, ist sittliche Pflicht. Wenn man aber jeden, der noch kein Muskommunist hat, wie eine sittlich minderwertige Kreatur hinstellt, so ist das gemeine Wahrheitsfälschung, mag sie nun auf böswillige Verhöhnung oder guten Glauben zurückgehen. Die Angriffe auf die „Pfaffen“ seitens der Gottlosenverbände sind zumeist übelste Wahrheitsfälschungen. Da wird z. B. unter dem Schlagwort „Notverordnung“ ein Geistlicher mit gefüllten Geldsäcken dargestellt, daneben hungernde Gestalten. Ich zweifle nicht daran, daß die Notverordnung soziale Härten und Ungerechtigkeiten aufweist, aber es ist Wahrheitsfälschung, wenn man so tut, als ob in allen Pfarrhäusern Reichtum und Ueppigkeit herrsche. Derartige Verhöhnungen treiben unser Volk immer mehr auseinander und immer tiefer ins Elend. Ich könnte noch viele andere Beispiele von Parteizwecklügen anführen, aber die genannten genügen zur Beleuchtung des Tatbestandes.

Nunmehr komme ich auf die nationalen Zwecklügen. Daß auch im politischen Kampfe der Völker bewußt und unbewußt die Wahrheit gefälscht wird, davon zeugt die Geschichte. Wir leiden noch immer schwer unter den Folgen der Kriegsschuldfrage. Die handgreiflichen Wahrheitsfälschungen und Lügen von den abgehackten Kinderhänden, von der Verwendung von Menschenleichen zu wirtschaftlichen Zwecken usw. können heute als erledigt gel-

ten, ganz zu schweigen von den unzweifelhaft böswilligen Lügen in Bildfälschungen, wo die Deutschen als unmenschliche Barbaren hingestellt werden sollten. Gefährlicher als diese faustdicken Lügen sind die unbewußten oder halbunbewußten Wahrheitsfälschungen. Wenn Wilson angeblich aus reinem Idealismus zur vermeintlichen Rettung der Weltkultur vor dem deutschen „Militarismus“ und der „Autokratie der Hohenzollern“ Amerika gegen uns in den Krieg führte, so ist das, wenn nicht vollbewußte, so mindestens halbunbewußte Wahrheitsfälschung. Vorher hatte der Professor Wilson den preussischen Staat bewundert. Die amerikanischen Finanzinteressen und die angelsächsische Blutgemeinschaft haben sein Urteil völlig umgewandelt.

In der Kriegsschuldthese gingen zunächst unsere Kriegsgegner einmütig zusammen und vermochten fast die ganze Welt für ihr Urteil zu gewinnen. Es ist schon von je her so gewesen, daß im Falle eines Krieges jede Kriegspartei dem Gegner die moralische Verantwortung zuschiebt. Es hat noch jeder Kriegspartner an die Gerechtigkeit seiner Sache geglaubt. Daß aber eine besiegte Nation zum politischen Verbrecher gestempelt wurde, wie es in Versailles geschah, steht einzig in der Geschichte da. Bismarck machte sich als Sieger solch ein Urteil nicht an, sondern gestand auch dem Gegner zu, daß er im guten Glauben gekämpft habe. Wir haben nicht eines Richteramtens zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben. Österreichs Rivalitätskampf gegen uns ist nicht strafbarer als der unsrige gegen Österreich. So sagte Bismarck seinem König, der dieses für seine „Schuld am Kriege“ meinte strafen zu sollen. Gewaltigere Gegenfälschungen als dieses dem Gegner gerecht werdende Urteil Bismarcks und der schändbare Artikel 231 des Versailler Vertrages sind nicht denkbar. Daraus sprechen nicht nur zwei entgegengesetzte Weltanschauungen, sondern auch völlig entgegengesetzte moralische Haltungen. Bismarck ist maßvoll im Siege, geht keinen Schritt über die politischen Notwendigkeiten seines Staates hinaus. So sehr er die Todfeinde seines Staates als solche (!) hassen konnte, so frei war er von niedrigen Haß- und Rachegefühlen gegenüber dem besiegten Gegner. Nach Vereinigung des Konfliktes reichte er ihm die Hand zur Versöhnung.

Genau das Gegenteil haben die „Sieger“ in Versailles vollbracht. Moralisches Todesurteil, Haß, Rache, Vernichtung, bezw. Unterwerfung: das ist der Geist von Versailles. Man denke an die vornehme Höflichkeit und innere Teilnahme Bismarcks gegenüber dem unglücklichen Napoleon III. und vergleiche damit die Forderung auf Auslieferung des deutschen Kaisers, um ihn als Verbrecher abzuurteilen. Daß er den Krieg hat vermeiden wollen, ist ebenso gewiß, wie Napoleon persönlich den Krieg von 1870 nicht wünschte. Schicksal und Schuld sind bei politischen Konflikten sehr schwer völlig klar auseinanderzuhalten. Es ist einfach unser Schicksal, daß wir, wenn wir unser Volkstum erhalten wollen, die Zerreißung Ostpreußens von Westpreußen und dem Reich nicht hinnehmen können. Der Pole behauptet umgekehrt, das Schicksal seines Volkstums hänge vom Besitz des Korridors ab. Wer hätte das Recht, in solchen Lebenskonflikten den Gegner moralisch zu verdammen. Findet sich kein für beide Teile erträglicher Ausweg, so wird der Konflikt zur Machtfrage. Das ist Bismarcks politischer Standpunkt, der weit ehrlicher und weit moralischer ist als das pharisäische Verdammen des politischen Gegners. Es ist eine der größten Wahrheitsfälschungen, Bismarck als Typus skrupelloser Gewaltpolitik hinzustellen. Er hat die Macht nicht zum Selbstzweck erhoben oder zum Gößen gemacht, sondern ihrem Gebrauch scharfe moralische Grenzen gezogen. Nur so weit sie Mittel der Erhaltung des Daseins und der Selbstständigkeit der Nation ist, erkennt er die Macht an, aber nicht als Mittel zur Erreichung politischer Gegner. Wenn Frankreich uns heute so behandelt, wie Bismarck es gegenüber dem besiegten Frankreich tat, dann stünde es um den europäischen Frieden weit besser.

Norman Angell scheint sich über geschichtliche Tatsachen leicht hinwegsetzen zu können, wenn er behauptet, Frankreich spiele heute die gleiche Rolle, die Deutschland vor dem Kriege gespielt habe. Das ist Wahrheitsfälschung. Die Haltung der deutschen Regierung in der Vorkriegszeit ist mit der Frankreichs von heute nicht gleichzusetzen. Wir wollen keine moralische Anklagen erheben. Frankreich muß selbst wissen, was es zu verantworten hat. Wir stellen nur Tatsachen fest. Tatsache ist, daß die deutsche Regierung niemals einen besiegten Gegner ehr- und wehrlos gemacht hat. In der Ära Wilhelms II. wurden zwar viele taktische Fehler gemacht, aber die deutsche Regierung war von dem Geiste des friedlichen Wettbewerbs der Völker erfüllt und dachte nur dann an Krieg, wenn dieser nicht in

Ehren zu vermeiden sei. Wiederholt hat sie Frankreich zu verführen gesucht, hat ihm gewaltige Kolonialgebiete zu gestanden, obwohl die Volkszahl nicht zunahm. Der Besitz Elsas-Lothringens ist für Frankreich eine reine Prestigefrage, keine nationale Notwendigkeit. Carlyle urteilt richtiger über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland als Norman Angell. Von dem Einfluß Englands auf die Entstehung des Weltkrieges schweigt dieser sich aus. Aber gerade England hätte den Krieg unmöglich machen können. Warum gestand es Deutschland das nicht zu, was es heute von anderen Mächten ruhig hinnimmt? Wir wollen darüber nicht moralisch richten, aber wir verlangen Gerechtigkeit und Wahrheit. Wenn auf unserer Seite gelegentlich Worte fielen, deren politische Zweckmäßigkeit man sehr bezweifeln kann, so braucht uns England daraus keinen Vorwurf zu machen. Wir erinnern an das „Germanian esse defendam“ (Deutschland ist zu verteidigen) der „Saturday Review“, an den Vorschlag, die deutsche Flotte mitten im Frieden zu überfallen, an Lloyd Georges giftige Rede während der letzten Marokkokrise. Entscheidend sind im übrigen Taten, nicht Worte.

Deutschland ist bereit, an einem friedlichen Zusammenarbeiten der Völker mitzuwirken. Wir wissen, daß alle auf einander angewiesen sind, aber wir haben auch die Pflicht, den internationalen Abhängigkeiten diejenigen Schranken zu setzen, die das Dasein und die Freiheit unseres Volkes gebieten. Vor allen Dingen verlangen wir, daß endlich die Wahrheitsfälschung über Deutschlands angebliche Kriegspläne zur Unterjochung der Welt beseitigt wird. Friede gedeiht nur, wo Wahrheit ist.

Das Zentrum hilft dem Dissidenten in den Sattel.

Die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz“ schreibt:

Der Provinzialausschuß von Niederschlesien hat sich mit der Berufung des Herrn Dr. Simons aus Stettin zum Regierungspräsidenten in Liegnitz einverstanden erklärt. Gegen die Berufung des Genannten, der Dissident ist, war bekanntlich der Evangelische Bund, Hauptverein Schlesien, aufgetreten. Den Ausschlag bei der Berufung des Dissidenten gaben die zwei Stimmen des Zentrums, die für Dr. Simons stimmten.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ druckt zu dem Vorgang folgendes ab:

„Es handelt sich nicht um Dr. Simons, der auch uns als durchaus qualifizierter Verwaltungsmann geschätzt wird, und auch nicht darum, ob bei einer Vakanz diese oder jene Partei irgendeinen Anspruch erheben zu können berechtigt ist. Sondern einzig und allein um die Verantwortung der Frage, ob es Brauch werden soll, daß durchaus fähige und geeignete, eingearbeitete und im Bezirk geschätzte Beamte versetzt oder gar aus dem Staatsdienst abgehoben werden, lediglich zu dem Zwecke, um für einen Anwärter des Zentrums oder der Sozialdemokratie Platz zu schaffen. Dieser Brauch aber wird hier in Schlesien eifrig geübt. Reg.-Präsident Jaenicke in Breslau hat nach jahrelanger erfolgreicher Arbeit plötzlich nach Potsdam gehen müssen, damit ein Zentrumsmann sich auf seinem Stuhl in Breslau niederlassen konnte, und Regierungspräsident Poetschel ist, ganz deutlich gesagt, abgehalftert worden, damit in Liegnitz Platz für einen sozialistischen Anwärter geschaffen wird. Das, nicht die Person des Herrn Dr. Simons, sondern diese Art der unter der Führung von Heß und Heilmann betriebenen Personalpolitik ist das, wogegen sich die Bevölkerung auflehnt. Und das mit Recht!“

Die Deutlichkeit dieser Sprache erklärt sich daraus, daß die abgehalfterten Opfer der Personalpolitik des Zentrums in diesem Falle politische Gesinnungsgenossen des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ sind.

Außerordentliche Kongress-Tagung im Staate New York.

Der Kongress des Staates New York ist zum 25. August zu einer außerordentlichen Tagung einberufen worden, um über den von Gouverneur Roosevelt vorgeschlagenen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu entscheiden.

Plauderei

über die Lehmziegelung in Remscheid.

Der große Wert des Lehmziegelbaus, „Verein Heimstätte zu Dünne, Kreis Herford“, wie es in Remscheid nahe der Uebereiserstraße zur Zeit (Sommer 1931) in Ausführung begriffen ist, liegt nur zum Teil in der Verbilligung der Bauausführung gegenüber einem Ziegelbau, durch Unternehmern hergestellt. Wesentlich vielmehr und gerade für die heutige Notzeit von besonderer Wichtigkeit ist hier die Ermöglichung und selbstverständliche Ausübung der Mithilfe der ganzen Familie des Zieglers, auch kleine Kinder eingeschlossen, beim Formen der Lehmziegel, beim Haken von Ginstersprossen, beim Zustragen der fertigen Ziegel, beim Suchen von Steinen zur Auszeichnung der Fugen usw.

Die ganze Familie erbaute sich ihr Haus; so wird es mehr als nur das Vaterhaus. Es wird der Kinder Heim. Es wird ein schönes Heim. Liebe hat es geplant; unter liebevoller Anleitung schaffen liebende Menschen daran mit Herz und Hand, in fröhlichem Wettstreit zwischen alt und jung. — Und gestern war Richtfest!

In der Mitte des großen Feldes trug der Richtbaum seine köstliche Kranzkrone, von flatternden vielfarbigen Bändern umweht. Rings im Kreise lagerte auf dem Rasen die fröhliche Kinderschar, und es schlossen sich an die Tische und Bänke, wo die Erwachsenen aus allen Teilen des Volkes bunt gemischt in herzlicher Eintracht ihren Kaffee schlürften und an den scherzhaft beziehungsreichen Darbietungen der Mädchen und Jungen mit inniger Freude Anteil nahmen. Unter lachendem Himmel, bei Liedern und Volkstänzen, bei fröhlichem Spiel und ern-

Jugend ohne Lebensraum.

Gehürzte Teilwiedergabe aus einem Vortrag von Studien-Direktor Dr. Georg Müller auf der westfälischen Direktorenkonferenz 1931. Der Vortrag ist unter der Überschrift „Die seelische Lage der Jugend angesichts der verzweifeltsten Berufsaussichten“ vollständig abgedruckt in Nummer 31 des deutschen Philologenblattes (Quelle und Meyer).

Wir wollen uns in kurzen Strichen die allgemeinen Veränderungen vergegenwärtigen, die in der deutschen Jugend seit dem Absinken der klassischen Jugendbewegung vor sich gegangen sind. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß von solchen Veränderungen jeweils nur der Teil der Jugend ergriffen wird, der sich durch besondere Erlebnisfähigkeit auszeichnet. Ja, es kann so scheinen, als sei der Typ des Jugendlichen, der — wie man so sagt — sich über nichts Gedanken macht, heute besonders häufig anzutreffen. Wir wollen hier nicht untersuchen, wie weit das unbestimmte Aufgehen im Augenblick, das wir bei diesem Typ beobachten, durch unser überspanntes Unterbewusstsein begünstigt wird, das vielen Zeitgenossen die Erkenntnis ihrer wirklichen Lebensumstände verschleiert, oder wie weit hier unbewußte Verdrängung von Lebensfragen mitspricht. Jedenfalls ist unsere Verantwortung für den flüchtigen Tennispieler nicht geringer als für den begeisterten Nationalsozialisten. Eine Nachzeichnung der besonderen Art der heutigen Jugend ist freilich bei diesem eher möglich als bei jenem. Der Kürze halber halte ich mich hier an die Arbeitsergebnisse des pädagogischen Kreises rings um den Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände. Auf dessen Führertagung in Homburg im Jahre 1928 stellte Wilhelm Klinger in seinem Vortrage „Die junge Generation im Volke“ fest, daß das jüngste Geschlecht mit dem Idealismus der Jugendbewegung, dem letzten Ausläufer des liberalen, bürgerlichen Zeitalters, nichts mehr zu tun haben wolle. „Während 1913 auf dem Hohen Meißner und noch in den Nachkriegswirren alte und neue Generation klar auseinandertraten und die neue Generation die Kulturerneuerung verfolgte, liegt hinter der jetzigen Jugend einmal die innere Erschlitterung der alten Mächte, dann aber auch die Problematik der Revolutionsversuche, die überall dazu geführt haben, die Notwendigkeiten, die Grenzen zu setzen, die in den alten Mächten auch enthalten waren. Somit wird die heutige Jugend sich gegenüber jener Oppositionshaltung der vorausgegangenen Altersschichten abwartend, vielleicht gleichgültig und ermüdet verhalten.“ Es handelt sich um die Jahrgänge der seit dem Jahre 1904 Geborenen. „Sie haben von klein auf den Zerfall der altbürgerlichen und altbäuerlichen Sitte in den Zuständen der Zwangswirtschaft, der Staatsumwälzung und der Inflation vor Augen gehabt; während das vorige Geschlecht (das der Jugendbewegung) hinter einer Konvention, die ihm verlogen erschien, doch noch durchschimmern sah alte Volks- und Bürgerstille, die ihr ehrwürdig vorkam und in den Grobkellern auch noch, wenn auch gegenwärtig, als Vorbild lebte.“ Diese Jüngsten — heute also etwa bis zum 28. Lebensjahre zu rechnen — sind deshalb nicht kulturkritisch, weil sie keine Kultur erleben haben. Einordnung und Angleichung in das Gebaren der Zeit wird ihnen leicht: „der Abstand, den die Jugendbewegung und oft auch die Jugendpflege zu den Lebensgewohnheiten der modernen Zeit hat, ist dieser jungen Generation unbegreiflich.“ Die gewaltigen Fortschritte der Technik imponieren dem Jugendlichen mehr als alles Geistige anderer Art. Der organisatorische Zug des modernen Lebens schafft ihm keine Unruhe: „Die neuen Abhängigkeiten, in die er als Nummer in einer Masse hineingerät, scheinen ihm besser als die Abhängigkeit, die er als Glied einer Familie, als Glied eines patriarchalischen Wirtschaftsbetriebes, als Nachbar in einer Gemeinde hatte.“ Wenn man gehofft hatte, daß ein neues Verhältnis zu den geschichtlichen Lebensformen sich entwickeln würde, so sah man sich enttäuscht: „wenn man sich etwa gegen die Kirche oder gegen den Zwang der Schule nicht mehr auflehnt, so bedeutet das eben keineswegs schon eine verpflichtende Zustimmung.“ Viele dieser Jüngsten sind völkisch, sozialistisch oder kirchlich organisiert, „aber es bedeutet merkwürdig wenig, sie sind es, weil es in ihren Verhältnissen liegt, dazu zu gehören, aber es

gibt ihnen nicht mehr das besondere Gepräge, das man aus der Zugehörigkeit zu einer solchen Gemeinschaft erwarten sollte. Man erfüllt wohl alle organisatorischen Verpflichtungen, aber darüber hinaus ist man ein jugendlicher wie jeder andere auch. Nichts ist charakteristischer als die private Unkenntlichkeit der völkischen oder kirchlichen oder sozialistischen Jugend heute, ihre Vertauschbarkeit in der Atmosphäre des Alltags.“ Man kann also heute nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren, von einem besonderen, auch im Geistigen sich ausprägenden „Lebensstil der Jugend“ sprechen. Radikal ist man auf anderen Gebieten: allen geistigen Entscheidungen gegenüber ist man ungeheuer gleichgültig. Kritiklos ergibt man sich den eigentlichen „Lebensmächten der Gegenwart“, wie Presse, Rundfunk, Film. Zu Staat, Kirche, Beruf, Familie um ihrer selbst willen Stellung zu nehmen, das lohnt nicht. Das nimmt man, wie es ist, es sei denn, es bedrohe elementare Lebensinteressen oder geriete in Widerspruch zu den primitivsten Forderungen, an die man glaubt.

Man kann von einem neuen Schicksalsglauben reden, der die eigentliche Kraftquelle der jüngsten Generation bildet. Aus ihm heraus bringt die Jugend den Mut zu ihrer geistigen Primitivität auf. Wir beobachten, wie diese Jungen nicht mehr zu hören verstehen, wie sie bei gleichzeitigem Fehlen jeder Selbstkritik den Gegner mit einem grausamen Haß verfolgen, wie sie auf eigenes Ringen nach Weltanschauung verzichten, um sich der irrationalen Dämonie des Parteiblogmas zu verschreiben. Aber auf der anderen Seite ist der zum Eintreten fürs Ganze bereit Soldatengeist hervorzuheben. Bei aller eigenen Unentschiedenheit macht unsere Jugend doch flache Gottlosigkeit und Libertinismus weithin nicht mit. „Realismus und Rationalisierung ... diese Sachlichkeit des jungen Menschen ist gewiß nicht nur Stumpfheit, sondern ist Verzicht auf hohes Pathos und leere Gebärde, ist Selbstbescheidung und Selbstzucht ... Die großartige Welt von Stahl und Eisen und Energien fordert geradezu den Instinkt zur Zucht heraus ... oft ganz unbewußt, daß in der sportlichen Übung oder anderer Zucht der Versuch gemacht wird, dieser stählernen Welt zu begegnen und Trost zu bieten.“ Man kann heute nicht mehr von einer Jugend in Bewegung, sondern nur noch von einer Jugend als Zustand reden, oder aber, der Gegensatz ist heute nicht mehr Alt und Jung, sondern Alt und Neu, d. h. an die Stelle der bisherigen horizontalen ist jetzt eine vertikale Schichtung der deutschen Jugend getreten. Diese uns allen bekannte Tatsache, die wir vor allem angesichts der eigentlichen Beherrschung beobachten, mahnt uns, nach der Ursache der zunehmenden Radikalisierung der Jugend und der mit ihr — mittelbar oder unmittelbar — vom gleichen Schicksal betroffenen weiteren Altersschichten zu fragen.

Wir lesen in Eduard Sprangers Psychologie des Jugendalters den Stoßfänger — in dem Kapitel: Der Zusammenhang von Erotik und Sexualität: „Es ist heute in der wirklichen Welt so wenig Raum für frühe Ideale, für ein zielbewußt einsehendes, erfolgsverheißendes Wirken, für einen fest im Diesseits oder im Jenseits ruhenden Lebensglauben.“ Und in einer Anmerkung fügt er hinzu: „Das gilt auch schon von der Vorkriegszeit, vielleicht seit etwa 1890.“ Sollte vielleicht mit dieser Raumenge für frühe Ideale die eigentliche Tatsache einer deutschen Jugendbewegung überhaupt zusammenhängen? Jedenfalls dürfte die Annahme gerechtfertigt sein, daß wir ohne die Wandlung vom Agrar- zum Industriestaat schwerlich die gewaltige Ausdehnung der deutschen Jugendbewegung erlebt hätten und daß wir in der Enge des Lebensraumes und der daher in erster Linie rührenden Arbeitskraft eine wesentliche Ursache für die besondere Verfassung der deutschen Jugend zu erblicken haben. Es ist mir immer auffällig gewesen, wie selten wir den Mut haben, eine solche einfache Wahrheit auszusprechen. Es ist fast so, als fürchteten wir, als wissenschaftlich nicht tief genug gegründet zu erscheinen, wenn wir an Stelle irgendwelcher metaphysischer Gedankengänge auf einen schlichten und dabei recht fühlbaren Sachverhalt der wirklichen Welt verweisen. Dabei ist doch mit Händen zu grei-

harrlichkeit, ihr Glaube und ihre Hoffnung haben sie zum schönen Gelingen geführt. Vor allem aber ist es die innige Liebe zu ihren Kindern gewesen, die in ihren Herzen wohnte. Sie hat ihnen die Liebe anderer Herzen gewonnen und so ist sie zum Schlüssel geworden, der ihnen die Türen zum neuen Heim geöffnet hat.

Aber sie können auch froh sein: Nicht nur statlich und schön ist das Heim geworden; es ist auch billig! Die Verzinsung ist tragbar auch für einen gering gelohnten Industriearbeiter.

Und der Garten mit seinen Erträgen hilft dem fleißigen Siedler-Gärtner haushalten in Zeiten der Not. — Die Lehmziegel sind dicht gegen Regenschlag und dabei durchlässig für den Luftausgleich. Sie sind kühl im Sommer und warm im Winter. Mutter Siedlerin wundert sich darüber, daß sie jetzt viel weniger Kohlen zu kaufen braucht, als in der früheren Mietwohnung, und dann wirft sie durch das große Wohnküchenfenster einen zufriedenen Blick in den Garten, wo die Kinderfähr ihr munteres Spiel treibt. Vater Siedler aber bastelt und pinselt und hämmert und sägt und verbessert sein Haus, so gut er es eben vermag; und er raucht sein Pfeifchen dabei. Die Kinder kommen aus dem Garten gesprungen, um dem Vater bei seiner Arbeit zuzusehen; die Großen fangen schon an, ihm dabei zu helfen.

So freut sich die ganze Familie ihres bescheidenen Glückes und sieht der Zukunft mit weniger Sorge entgegen, denn niemand kann ihr das eigene Heim streitig machen.

Remscheid-Vennep.

Arthur Schmidt.
Reg.-Baumeister a. D.

sen, daß me
überwunden
menhang, i
einigermäße
jaß böte. De

Die Krise
Echolu

Englan
endes ihren
der Stunde
Balmoral b
bleiben, me
der die Rüd
der Führer
Nig-les-Bal

Nach d
den König
nierungswe
diese Verdic
Arbeiterreg
verfchiebun
gierung von
Die Unter
eine Stund

Auf d
Führer der
welche Hal
Vorschläge
Führer der
Reigen. J
redung des
win. Das
font ausdri
positionsfü
ob das Kab

Abgele
Palast hiel
Liberalen

— Lond
berlain stat
bereits Du
präsidenten
lungen mit

Ostf
Neue Eing

In Er
Deutsche V
neue Denk
nisse in Ost
Ratstagung
Minderheie
durch die
im Mittel
der Deutsch
zu dem Er
gestellt wo

Im e
Volksbund
nische Reg
Vertretung
über allge
Nur in ein
turreller A
treter der

Die E
nichts geän
fen zu trag
erwähnten
auch die E
Bevölkern
vorgekomm
Stärkerheit
Verantwort
Nemlern i
worden sei

Die G
terhin, daß
rorfällen
deutschen
stellen. Die
gutmachun
nen zufried
doch festge
bisher ent
gungen er

Die G
deutsche W
stellung a
Staatsbeh
ihre Auffe
kerbunden
Ergänzun
behandeln

— D
Haus gef
verschiede
leitet wer

Frage, das man
gemeinsam er-
gänzen kann
man ein Zu-
stimmendes
völligsten
eute, ihre Ver-
hältnisse. Man
einigen Jahren,
sich ausprägen
ist man auf
idungen gegen-
los ergibt man
gegenwart", wie
che, Beruf, Sa-
nehmen, das
es sei denn, es
geriete in Wi-
an die man
glauben reden,
den Generation
den Mut zu
achten, wie diese
sie bei gleich-
gner mit einem
eigenen Ringen
den irrationalen
über. Aber auf
fürs Ganze be-
eigenen Un-
Nach Gottlosigkeit
Realismus und
s jungen Men-
bern ist Verzicht
ist Selbstbelei-
Welt von Stahl
zu den Instinkt
ist, daß in der
der Versuch ge-
eigenen und Trost
in einer Jugend
ner Jugend als
ist heute nicht
eu, d. h. an die
t eine vertikale
Diese uns allen
angesichts der
t uns, nach der
der Jugend
mittelbar — vom
terschiedlichen zu
hologie des Ju-
apitel: Der Ju-
Es ist heute
r frische Ideale,
heißendes Wir-
Jenseits ruhen-
erkerung führt er
kriegsgeist, viel-
it dieser Raum-
Tatsache einer
ammenhängen?
ertigt sein, daß
n Industriestaat
r deutschen Ju-
ir in der Enge
er Linie rühre-
für die beson-
erblickten haben.
selten wir den
t auszusprechen.
entschiedlich nicht
n wir an Stelle
änge auf einen
erhalt der wirt-
Händen zu grei-
g haben sie zum
ist es die innige
in ihren Herzen
Herzen gewon-
n, der ihnen die
cht nur stattdich
auch billig! Die
ering gelohnten
hilft dem fleißi-
n der Not. —
schlag und dabei
kühl im Som-
ederin mündert
ohlen zu kann
ung, und dann
enster einen zu
Kinderfähr ihr
ber baistelt und
effert sein Haus,
st sein Pfeifen
eten gesprungen,
nen; die Großen
res bescheidenen
iger Sorge ent-
e e Heim strei-
rthur Schmidt.
Baumeister a. D.

sen, daß manche Wirrnisse des jugendlichen Lebens bald überwunden wäre, wenn der tatsächliche Lebenszusammenhang, in den der Jugendliche hineingeworfen ist, einigermaßen sinnvollen Raum für gefundenen Kräfteentfaltung böte. Der Psychologe mag sich mit dem Nachweis der

Symptome einer negativen und positiven Entwicklung beim Jugendlichen begnügen. Wir Erzieher müssen fordern, daß dem Jugendlichen der Anknüpfungspunkt für die positive Entwicklung gezeigt wird.

Die englische Regierungskrise.

MacDonald beim König.

Die Krise auf dem Höhepunkt. — König Georg bricht seine Erholungsreise ab. — Empfang der Oppositionsführer.

— London, 24. August.
Englands innerpolitische Krise hat während des Wochenendes ihren Höhepunkt erreicht. Kennzeichnend für den Ernst der Stunde war, daß König Georg, der sich gerade nach Balmoral begeben hatte, um dort bis Mitte September zu bleiben, wenige Stunden nach seiner Ankunft bereits wieder der Führer der konservativen Opposition, Baldwin, von Wiggins-Bains schleunigst nach England zurück.

Nach der Ankunft des Königs begab sich Ministerpräsident MacDonald sogleich in den Buckingham-Palast, wo er dem König eingehend über die kritische Zuspitzung der Sanierungsverhandlungen unterrichtete. Zurückzuführen ist diese Verschärfung der Krise dadurch, daß sich zwischen der Arbeiterregierung und den Gewerkschaften große Meinungsverschiedenheiten ergeben haben und die Vorschläge der Regierung vom Generalrat endgültig verworfen wurden. Die Unterredung MacDonalds mit dem König dauerte fast eine Stunde.

Auf Vorschlag MacDonalds empfing der König dann die Führer der Opposition, um aus ihrem Munde zu hören, welche Haltung die hinter ihnen stehenden Parteien zu den Vorschlägen der Regierung MacDonalds einnehmen. Der Führer der Liberalen, Sir Herbert Samuel, eröffnete den Reigen. Im Laufe des Nachmittags folgte dann eine Unterredung des Königs mit dem Führer der Konservativen, Baldwin. Das offizielle Communiqué über diese Empfänge betont ausdrücklich, die Unterredungen des Königs mit den Oppositionsführern dürften nicht etwa so ausgelegt werden, als ob das Kabinett MacDonald bereits zurückgetreten sei.

Abgesehen von diesen Verhandlungen im Buckingham-Palast hielten auch die Führer der Konservativen und der Liberalen ununterbrochen Sitzungen ab.

Baldwin bei MacDonald.
— London, 24. August. Baldwin und Neville Chamberlain trafen noch kurz nach 23 Uhr, als die Minister bereits Downingstreet verlassen hatten, dem Ministerpräsidenten MacDonald einen Besuch ab. Ihre Verhandlungen mit ihm und Sir Herbert Samuel, an denen zeit-

weilig auch Sir Josiah Stamp teilnahm, zogen sich bis gegen 24,15 Uhr hin.

Englische Abrüstungsentschrift.

Mit einem Kommentar des Außenamtes veröffentlicht. — Verzicht auf politische Ausführungen.

— London, 24. August.
Die dem Völkerbund von der englischen Regierung übergebene Entschlüsselung über den augenblicklichen Rüstungsstand Englands ist nunmehr gleichzeitig in London und Genf veröffentlicht worden. Mehr als die Hälfte der Abrüstungsentschrift entfällt auf Statistiken; politische Ausführungen enthält das Memorandum im Gegensatz zu der französischen Entschlüsselung nicht. Die Gesamtstärke des englischen Landheeres wird in der Entschlüsselung mit 144 000 Mann und 9393 Offizieren, die der Flotte mit 96 000 Mann und 8390 Offizieren angegeben. Weitere 30 000 Mann gehören der Luftflotte an.

Das Foreign Office — d. i. das britische Auswärtige Amt — begleitet die Veröffentlichung mit einem Kommentar und sagt darin: „Die in der Entschlüsselung enthaltenen Zahlen beziehen sich nur auf die gegenwärtigen Rüstungsausgaben und haben nichts mit den Vorschlägen zur Verminderung der Rüstungen zu tun, die die britische Regierung auf der Abrüstungskonferenz machen wird. Die vorgelegten Zahlen sollen nur der Information dienen. Im Gegensatz der französischen Entschlüsselung enthält die britische Entschlüsselung nur auf Tatsächliches und Zahlen und enthält keine Erörterungen politischer Art. Die Tabellen sind von einem Mantelbrief begleitet, in dem ausgeführt wird, daß die Dominions und Indien als selbständige Mitglieder des Völkerbundes ihre eigenen Entschlüsselungen nach Genf senden. Der Abschnitt über die Luftflotte enthält nur die Bemerkung, daß der R 100 ein Versuchsluftschiff für die Zivilflucht ist.“

Die gesamten Ausgaben für Heer, Flotte und Luftfahrt betragen 2,16 Milliarden Mark, wovon etwas weniger als eine Milliarde auf die Flotte entfallen.

Die Mitteilung schließt: „Die Genauigkeit und Sorgfältigkeit, mit der diese finanziellen Statistiken zusammengestellt worden sind, zeigt, welche Wichtigkeit die britische Regierung dem Grundgedanken der Kontrolle des Staatshaushalts als Mittel der Abrüstung beimißt.“

Senkung der Selbstkosten.

Industrie-Memorandum an Brüning und Reichsbankpräsident Dr. Lufbet.

— Berlin, 24. August.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat dem Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Lufbet eine Denkschrift überreicht, in der Vorschläge für die Überwindung der Krise gemacht werden. Den Inhalt dieser Denkschrift gibt ein vom Reichsverband an seine Mitglieder versandtes Rundschreiben kurz wieder, in dem es u. a. heißt:

„Angesichts der außerordentlich bedrohlichen Lage in der Industrie wie in den anderen Wirtschaftszweigen haben wir nunmehr noch einmal unsere wichtigsten Forderungen von Vorschlägen zusammengestellt und sie in der Form einer Aufzeichnung über die Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage dem Reichskanzler schriftlich übermittelt. Wir haben die Aufzeichnung ebenfalls den in Frage kommenden Ministerien sowie dem Reichsbankpräsidenten gegeben.“

Der Ausgangspunkt der ganzen Darstellung ist der zwingende Gedanke, daß Deutschland auf dem Weg der Selbsthilfe angewiesen ist. Im Mittelpunkt des Selbsthilfeprogramms muß die organische Umgestaltung der Selbstkosten im Sinne einer möglichst weitgehenden Herabdrückung der Selbstkosten stehen. In der Aufzeichnung ist im einzelnen dargestellt, wie dieser Grundgedanke auf folgenden vier Hauptgebieten angewandt werden muß: 1. Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand; 2. soziale Belastungen; 3. Löhne und Gehälter; 4. Verkehrstarife und Tarife der kommunalen Versorgungsbetriebe.

Ein weiterer besonderer Abschnitt befaßt sich mit den Aufgaben einer richtigen und einwandfreien Kreditpolitik, insbesondere in der öffentlichen Hand, um eine Senkung der Kreditkosten zu erreichen. Ein anderer Vorschlag behandelt die Möglichkeit vermehrter Aufträge an die Wirtschaft. Schließlich enthält die Eingabe auch die nachdrückliche Forderung, alle Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, endgültig zu beseitigen.

Notprogramm der Grünen Front.

Entsendung einer großen Landwirte-Abordnung zum Reichskanzler.

Im Hinblick auf die Zuspitzung der Lage der Landwirtschaft und die wachsende Erregung in landwirtschaftlichen Kreisen haben die Führer der Grünen Front in eingehenden mehrstägigen Verhandlungen, die zur Abwendung des größten Übels erforderlichen Maßnahmen durchzusetzen und das Ergebnis ihrer Verhandlungen dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in einer eingehenden Darlegung mit konkreten Forderungen überreicht. Gleichzeitig haben die Führer der Grünen Front den Reichskanzler Brüning gebeten, zu einem möglichst nahen Zeitpunkt eine größere Abordnung von Landwirten aus allen Teilen Deutschlands zu einer ausführlichen Aussprache zu empfangen.

Notverordnungsrecht für Länder.

Vom Reichskabinett beschlossen. — Zwecks Stabilisierung der Haushalte durch Ausgabenlenkung.

— Berlin, 24. August.

Amlich wird mitgeteilt: „Die Sicherung der Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden ist das dringendste Gebot des Augenblicks. Die Reichsregierung wird darüber demnächst ein umfassendes Gesamtprogramm veröffentlicht. Inzwischen gilt es, die Landesregierungen schon jetzt in den Stand zu setzen, einschneidende Sparmaßnahmen für sich und die Gemeinden durchzuführen, ohne dabei durch bestehendes Landesrecht etwa in wesentlichen Punkten behindert zu werden.“

Das Reichskabinett hat daher beschlossen, dem Reichspräsidenten den Erlass einer Verordnung „zur Sicherung der Haushalte“ vorzuschlagen, durch welche die Landesregierungen ermächtigt werden, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden erforderlich sind im Verordnungswege vorzuschreiben und dabei von dem bestehenden Landesrecht abzuweichen. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und anderen Ausgaben der Länder und Gemeinden herabgesetzt werden, wobei Verpflichtungen aus Verträgen unberührt bleiben, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.

Damit ist zunächst den Landesregierungen die Möglichkeit gegeben, auf schnellstem Wege das von ihrer Seite aus Erforderliche zu einem Staatsausgleich für sich und ihre Gemeinden zu tun. Das Reich wird die zu seiner Zuständigkeit gehörenden Programmpunkte ehestens folgen lassen. Damit wird gewährleistet, daß das ganze Sanierungsprogramm spätestens am 1. Oktober 1931 in Lauf gesetzt werden kann.“

In der Presse hat die in dieser Mitteilung angekündigte neue Notverordnung, durch die die Reichsregierung die ihr auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für Notzeiten zustehende außerordentliche Machtbefugnis auch auf die Länderregierungen ausdehnt, große Beachtung gefunden. So erblickt die „D.Z.“ in der Ausdehnung des Notverordnungsrechtes auf die Länder einen einschneidenden Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, der aber „durch das schuldhaftige Zögern dieser allzu selbstherrlichen Selbstverwaltung unvermeidbar geworden sei“. Die Sanierung des deutschen Finanzwesens, deren wichtigstes Stück zunächst die Sicherung der Haushalte sei, könne nur gelingen, wenn sie nicht beim Reiche halt mache, sondern bis in das letzte Dorf durchgeführt werde. Das „Berliner Tageblatt“ steht in der Verordnung hauptsächlich die Absicht, den Ländern die Möglichkeit zu geben auf die Gehaltsregelung der Kommunen einzuwirken. Der „Borndörfer“ meint, den Ländern werde jetzt „von Reichs wegen das Diktaturverbot in die Hand gedrückt, zunächst in bezug auf Gehaltsföhrung und Personalaabbau“.

Südafrika für Streichung der Tribute.

— Kapstadt, 24. August.

General Herhog erklärte in einer Rede über das Problem der deutschen Reparationen, er wünsche im Namen Südafrikas auszusprechen, daß die Union bereit sei, Deutschland alle Reparationszahlungen zu schenken, vorausgesetzt, daß auch die anderen Länder ähnliche Schritte zu unternehmen willens wären.

Ostschlesien ohne Vertrauen.

Neue Eingabe des Deutschen Volksbundes an den Völkerbundrat.

— Katowitz, 24. August.

In Ergänzung seiner Eingabe vom 7. Januar hat der Deutsche Volksbund in Katowitz dem Völkerbundrat eine neue Denkschrift über die letzte Entwicklung der Verhältnisse in Ostschlesien überreicht. Hatte während der letzten Ratstagung die Frage, ob das Vertrauen der deutschen Minderheit zu der lokalen Ausführung der Schutzverträge durch die polnischen Behörden wiederhergestellt worden ist, im Mittelpunkt der Diskussion gestanden, dann kommt jetzt der Deutsche Volksbund auf Grund umfangreichen Materials zu dem Ergebnis, daß das Vertrauen noch nicht wiederhergestellt worden ist.

Im einzelnen führt die Denkschrift des Deutschen Volksbundes an, entgegen den Erwartungen habe die polnische Regierung auch eine Verbindung zu der politischen Vertretung der deutschen Bevölkerung zwecks Verständigung über allgemeinpolitische Fragen bisher nicht aufgenommen. Nur in einzelnen Fällen in denen es sich um Fragen kultureller Art gehandelt habe, sei den Beschwerden der Vertreter der deutschen Minderheit entsprochen worden.

Die Eingabe übt weiterhin ernste Kritik daran, daß sich an der privilegierten Stellung des Ausschüßigenverbandes nichts geändert hat. Nach wie vor habe er das Recht, Waffen zu tragen und geniesse die in der Eingabe vom Januar erwähnten besonderen Vergünstigungen. Unverändert sei auch die Einstellung des Westmarkenvereins. Die friedliche Bevölkerung könne weiterhin nicht verstehen, daß, wie es vorgetrieben ist, Personen, die die Verantwortung für Sicherheit und Ordnung zu tragen haben, und die dieser Verantwortung nicht gerecht geworden sind, in ihren Ämtern belassen, wieder eingesetzt oder sogar befördert worden seien.

Protest gegen die Strafgesetze.

Die Eingabe des Deutschen Volksbundes bemerkt weiterhin, daß die Art der strafrechtlichen Verfolgung von Terrorfällen nicht geeignet gewesen sei, das Vertrauen der deutschen Minderheit in die Rechtssicherheit wiederherzustellen. Die deutsche Minderheit erkenne an, daß die Wiedergutmachung der Schäden seitens der Behörden im allgemeinen zufriedenstellend behandelt worden sei. Es müsse aber doch festgestellt werden, daß in einer Anzahl schwerer Fälle bisher entweder gar keine oder nicht ausreichende Entschädigungen erfolgt seien.

Die Eingabe schließt mit den Worten: „Weil die deutsche Minderheit auf das ernste vom Willen zur Herstellung aufrichtig vertrauensvoller Beziehungen zu der Staatsbehörden erfüllt ist, empfinden wir die Verpflichtung, ihre Auffassung der gegenwärtigen Verhältnisse dem Völkerbundrat mit der Bitte zu unterbreiten, diese Eingabe als Ergänzung der Eingabe vom 7. Januar 1931 betrachten und behandeln zu wollen.“

— Der Oberreichsanwalt hat das im Karl Liebknecht-Haus gefundene Material beschlagnahmt. Gegen verschiedene Personen wird ein Hochverratsverfahren eingeleitet werden.

Ungarisch-südslawischer Konflikt.

Ueber Budapest kreuzten jugoslawische Bombenflugzeuge. Ein Flugzeug später beschlagnahmt.

— Szegedin, 24. August.

Auf dem ungarischen Flugplatz Szegedin landete ein dreiflügliges jugoslawisches Bombenflugzeug von 520 PS. Die Piloten bemerkten erst nach ihrer Landung, daß sie sich auf ungarischem Gebiet befanden und eilten zu ihrem Apparat zurück, um wieder aufzusteigen. Sie wurden hieran jedoch von den Angestellten des Flugplatzes verhindert, die die Piloten in Gewahrsam nahmen und die Maschine in die Flugzeughalle brachten.

Das Verhör hat ergeben, daß am St. Stephans-Tag drei jugoslawische Bombenflugzeuge über der ungarischen Hauptstadt manövrierten.

Das in Szegedin niedergegangene Flugzeug hatte unterwegs die Verbindung mit der Gruppe verloren und sich verirrt. Bei einem erneuten Verhör gab der Pilot an, daß er von Agram nach Ljoidel fliegen wollte, aber die Route verloren hätte. Nach stundenlangem Kreuzen wäre er dann in der Nähe von Solnot am Bahndamm gelandet, um den Namen der Station zu sehen, und wäre dann, dem Lauf der Theiß folgend, weitergefliegen.

Inzwischen sind abermals zwei jugoslawische Flugzeuge über Szegedin gesichtet worden, die offenbar das beschlagnahmte Flugzeug gesucht haben.

Rabinett Karolhi gebildet.

Auch die Auslandsanleihe über 100 Millionen Mark perfekt.

— Budapest, 24. August.

Der mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte bisherige ungarische Außenminister Graf Karolhi hat nunmehr seine Verhandlungen beendet — nachdem er in den letzten Stunden schon nahe daran war, den ihm erteilten Auftrag dem Reichsverweser zurückzugeben! Die Ministerliste sieht wie folgt aus:

Ministerpräsident: Graf Karolhi; Inneres: der ehemalige Obergespan Dr. Keresztes-Fischer; Aeuheres: Waffo; Auerbau: Ministerialrat Dr. Joady; Handel: Universitätsprofessor Dr. Kenez; Kultus und Unterricht: der bisherige Volkswirtschaftsminister Prälat Dr. Ernzy; Landesverteidigung (wie bisher): General A. D. Gömbös; Justiz: der bisherige Justizminister Jkloag; kleine Landwirtschaft ohne Portefeuille: Johann Mayer (bisheriger Auerbaumminister).

Für das Finanzministerium hat Graf Karolhi — was bei der schwierigen Lage Ungarns nicht verwunderlich ist — noch keinen geeigneten Mann gefunden. Das Ministerium wird daher vorläufig vom Ministerpräsidenten selbst mitverwaltet. Die Vereidigung der neuen Regierung dürfte noch am heutigen Montag erfolgen.

Gleichzeitig mit der Bildung einer neuen Regierung ist Ungarn auch in den Besitz einer neuen Anleihe gelangt, die von einem unter Führung französischer Banken stehenden Konförtium gewährt wird. Die Anleihe summe beträgt 100 Millionen Mark, der Zinsfuß 5% Prozent zuzüglich einer Provision von 1% Prozent. Gewährt wurde die Anleihe zunächst für ein Jahr, doch kann Ungarn die Verlängerung um sechs Monate verlangen.

Aufhebung der Ausreisegebühr.

Ab Mittwoch wieder freier Grenzübergang.
Das Reichskabinett hat die Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen vom 18. Juli 1931 mit Wirkung vom Mittwoch, dem 26. August 1931, ab aufgehoben. Für Grenzübergänge, die nach Dienstag, dem 25. August 1931, erfolgen, kommt daher die Ausreisegebühr nicht mehr in Frage. Eine Erstattung bereits entrichteter Ausreisegebühren kommt nur für die Fälle in Betracht, in denen der Grenzübergang nach Dienstag, dem 25. August 1931, erfolgt ist.

Kompromiß mit Gemeindeführern.

Senkung der Löhne um 4 v. H. — Unerwartete Neuregelung erfolgt am 31. Oktober.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Durchführung des § 7 Absatz 4 im zweiten Teil Kapitel I der Notverordnung vom 5. Juni 1931 über die Löhne im Bereich des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände führten nunmehr zu einer Vereinbarung. Hiernach werden ab 27. August die Löhne der in Betracht kommenden Arbeiter bis 4 Prozent gekürzt. Gleichzeitig fällt der Frauenzuschlag fort. Diese Regelung gilt bis 31. Oktober 1931.

Damit haben die Verhandlungen mit den Vertretern der Gemeindeführer, die sich in den letzten Wochen kritisch zugespitzt hatten, zu einer Teillösung geführt, indem man sich zunächst auf ein Provisorium geeinigt, die Endlösung der Lohnfrage dagegen hinausgeschoben hat. Da der Gesamtbetrag der von den Städten gezahlten Löhne auf 500 bis 600 Millionen Mark geschätzt wird, bedeutet die vierprozentige Lohnkürzung eine Ersparnis von etwa 25 Millionen Mark.

Die Not des Mittelstandes.

Die Braunschweiger Mittelständler zu den politischen Tagesfragen.

Um zu brennenden Tagesfragen Stellung zu nehmen, hatte die Vereinigung Braunschweiger Mittelständler die Vertreter der in ihr zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefügten Verbände zu einer Sitzung eingeladen.

In der Aussprache wurde allgemein die Verantwortung, zielbewußte und aufreißende Tätigkeit des Ministers Dr. Brüning anerkannt. Die Vertreter der einzelnen Verbände entrollten ein Gesamtbild der Lage der mittelständischen Wirtschaft:

Ständiger Rückgang des Absatzes, fehlende Aufträge und damit keine Möglichkeit, überhaupt die Kosten zu decken, den steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen, ganz zu schweigen von der Not und dem Elend des einzelnen. Diese Notlage mache es erforderlich, daß der Vermeidung von Härten bei der Einziehung von Steuern besondere Aufmerksamkeit gewidmet werde.

Zur Frage der Neuwahl eines Ministers wurde der Verammlung die Stellungnahme der einzelnen Vertreter bekanntgegeben.

Auf keinen Fall dürfe durch Ueberlastung des einen Ministers ein gewisser Bürokratismus in der Verwaltung eintreten.

Im übrigen wurde es den einzelnen Abgeordneten überlassen, im Rahmen der bürgerlichen Einheitsliste die Ministerfrage zu lösen.

Am Franzens Nachfolger.

Besprechung der Deutschnationalen. — Für ein „Einmann-Kabinett“.

In einer Versammlung des Kreisvereins Braunschweig der Deutschnationalen Volkspartei wurde eine Entschließung angenommen, nach der, falls es nicht möglich sein sollte, die Regierungsbildung mit einem Minister durchzuführen, wofür Ersparnisgründe sprächen, die Abgeordneten der DNVP bei einer Erwahlung für Dr. Franzens nur einem Manne die Stimme geben, dessen politische Vergangenheit dafür Gewähr biete, daß er sich in schärfstem Kampfe gegen den Marxismus stellt. Nur eine starke, selbstbewußte Regierung werde uns über den schweren Winter hinwegbringen und die Selbständigkeit des Landes Braunschweig gegenüber dem Reich wahren. In diesem Sinne sollen mit den übrigen Regierungsparteien Verhandlungen aufgenommen werden.

— Das deutsche Flugzeug Do X startete in Antilla auf Kuba zum Weiterflug nach Florida.

Rabiettsrat über Bankfrage.

Auch die Septembereinzahl werden in Preußen in Raten gezahlt.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers berieten der Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts, der Reichsbankpräsident und Vertreter Preußens zusammen mit den Sachverständigen erneut die gesamten Fragen des deutschen Bankwesens. Die Erörterungen hierüber werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Die Auszahlung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten für den Monat September werden in Preußen nach einem Erlaß des Finanzministers so geregelt werden, daß die erste Rate der Bezüge, soweit sie bar zu leisten sind, am 31. August ausgezahlt werden. Ueberweisungen an die Empfänger dürfen nicht vor dem 29. August erfolgen. Ueber die Auszahlung der zweiten Rate der Septembereinzahl wird erst in einem besonderen Erlaß verfügt werden.

Schwarz wird freigelassen.

Die französische Regierung gestattet endlich dem letzten Kriegsgefangenen die Rückkehr in die Heimat.

— Straßburg, 24. August.

Durch ein soeben veröffentlichtes Dekret hat die französische Regierung endlich den bedauerlichen Fall des deutschen Staatsangehörigen Schwarz aus der Welt geschafft. Schwarz war im Jahre 1919 von den Franzosen in Kehl in Baden, wo er seine kranke Mutter besuchte, verhaftet und nachher zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe, d. h. zur Deportation nach Cayenne, verurteilt worden mit der Begründung, daß er Franzose sei und im Kriege gegen Frankreich gekämpft habe.

In Wirklichkeit war Schwarz der Sohn elterlicher Eltern, die noch zur französischen Zeit vor 1870 nach Korsika verzogen waren, also als Franzose geboren. Da aber die Familie später nach dem inzwischen deutsch gewordenen Elsaß zurückgekehrt war und der Vater durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatte, betrachtete sich der Sohn als Deutscher und erfüllte seine Militärpflicht, auch im Kriege.

Das nun erlassene Dekret erteilt Schwarz die Ermächtigung, die deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten. Die Folge muß nun sein, daß das gegen ihn ergangene Kriegsgesetz aufgehoben wird und Schwarz aus der Strafkolonie Cayenne, wo er sich seit zehn Jahren befindet, wieder entlassen wird!

Weitere Zuspitzung in Spanien.

Ein Komplott gegen den Innenminister aufgedeckt.

— Madrid, 23. August. Die Lage in Spanien nimmt immer bedrohlichere Formen an. Die Polizei deckte ein Komplott dreier Arbeiter, eines Syndikalisten, eines Anarchisten und eines Kommunisten auf, die ein gemeinsames Attentat auf den Innenminister Maura vorbereitet hatten, welches sie auf die gleiche Weise ermorden wollten, wie seinerzeit den spanischen Minister Dato. Die Verhaftung der Attentäter ist bisher noch nicht gelungen.

Im weiteren Verlauf ihres Kampfes gegen die Geistlichkeit hat die Regierung offiziell den Kardinalprimas Segura und den Bischof von Vittoria ihrer Stellungen und weltlichen Vorrechte, soweit sie nicht rein geistlich sind, entkleidet. Beide sind nach dem Ausland verbannt worden. Im Zusammenhang mit der katholischen Rechtsbewegung in den baskischen Provinzen wird bekannt, daß auch in Asturien große katholische Protestversammlungen geplant sind. Diese sind jedoch ebenfalls von der Regierung verboten worden, wodurch die Erregung der Bevölkerung aufs äußerste gestiegen ist.

Ferner wird bekannt, daß der spanische Ministerrat die Durchführung der Agrarreform beschlossen hat, was die Enteignung des Großgrundbesitzes zur Folge hat. Die Enteignung für den enteigneten Besitz soll sich nach dem Ursprung und der Bearbeitung richten.

Ein englisch-russischer Zwischenfall.

— Berlin, 24. August. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde, nach einer Meldung Berliner Blätter aus London, am 18. August im Hafen von Leningrad der Chefingenieur des englischen Dampfers „Wood“ von einem russischen Wachtposten erschossen, als er bei der Rückkehr auf sein Schiff nicht gleich auf den Anruf des Postens stehen geblieben war. Die englische Regierung wird wegen dieses Vorfalls in Moskau vorstellig werden.

Neue Schreckensnachrichten aus China.

Nach dem Hochwasser verheerende Seuchen.

— London, 25. August. Aus dem chinesischen Ueberflutungsgebiet sind neue Schreckensnachrichten eingegangen. Von den Fluten des Jangtse sind infolge eines Deichbruches die Flüchtlingsbaracken in Wuchang (bei Hankau) fortgerissen worden. Hierbei sind etwa 1000 Menschen umgekommen. In Hankau selbst stürzten am Sonnabend und Sonntag zwei weitere Hotels ein, wobei gleichfalls viele Menschen umkamen. Der chinesische Gesundheitsminister erklärte, daß die Bewohner in dem Gebiet von Hankau, die dem Hochwasser noch nicht zum Opfer gefallen sind, an Typhus, Cholera, Malaria und Ruhr wie die Fliegen dahin sterben und daß die Lage von Stunde zu Stunde furchtbarer werde. Augenzeugen berichten, daß die Meldungen, nach denen Hunderttausende in den Fluten des Jangtse ertrunken seien, durchaus nicht übertrieben sind, und eine Regierungserklärung besagt, daß ein Drittel der Bewohner von Wuchang, dem dichtest bevölkerten von ganz China entweder tot hoffnungslos erkrankt oder dem sicheren Hungertode preisgegeben sind.

Eine internationale Hilfsexpedition ist den Jangtse hinauf nach Hankau abgegangen.

Hilfsaktion für China.

— Washington, 24. August

Auf einen dringenden Appell des chinesischen Rote Kreuzes an die amerikanische Organisation bin hat das amerikanische Rote Kreuz einen Betrag von 420 000 Mark dem Staatsdepartement zur Ueberweisung an das Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Hankau übergeben. Präsident Hoover hat der Geldsendung eine Botchaft beigegeben, in der er seine warmste Teilnahme über das Unglück ausdrückt, welches China heimsucht.

Neuer Ost-West-Atlantikflug.

— Berlin, 24. August.

Die Junkersmaschine, die Levine auf seinem Ozeanflug geflogen hat, welche von einem gewissen Willy Rody aufgekauft war und inzwischen eingehend überholt wurde, ist auf dem Tempelhofer Feld zum Ost-West-Atlantikflug aufgestiegen. Sie nahm Kurs auf Lissabon über Lyon-Marseille. Der Flugzeugführer ist Christian Johannsen, außerdem fliegen der Flugzeughalter Willy Rody und ein Portugiese mit. Ueber die Persönlichkeit der Piloten hört man noch, daß Rody vor kurzem eine große Erbschaft gemacht hat. Die Maschine enthält einen Kreiselkompaß und Blindfluggerät.

Todesopfer einer Kohlenstaubexplosion.

— Klettwitz, 24. August.

In der Bräufabrik II in der Grube „Anna“ der Riedelaufer Kohlenwerke in Schipkau erfolgte eine Kohlenstaubexplosion, durch die der Pumpenwärter Leopold getötet und drei weitere Mitglieder der Belegschaft durch Brandwunden leichter verletzt wurden. Der angerichtete Schaden betrifft hauptsächlich das Mauerwerk und die Wellblechbedachung. Der Maschinenschaden ist nur geringfügig. Die Wiederaufnahme des Betriebes wird in etwa vier Wochen erfolgen.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

„Das Wunder als apologetisch-theologisches Problem“ von Lic. Dr. Walter Rünneke. Preis 0,80 Mark. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh.

Im Wunderbegriff faßt sich nach Rünneke die Eigenart der Gottesoffenbarung brennpunktartig zusammen. Dieser Hauptgedanke der feinen Schrift gibt eine bessere Fundierung der Bedeutung des Wunders als die vielfach übliche ängstliche Verteidigung des Wunderglaubens.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Seute, Montag, 8 1/2 Uhr Männerchor in „Ephrata“.

Schriftleitung: W. Kraus; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Büttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugesandt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einreichen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. Nichtzutreffendes streichen.

Tüchtiges, christliches Mädchen

im Kochen nicht unerf. (welches die Köchin 14tägig und in den Ferien vertreten kann) in Waschen und Blättern bewandert, für alle Arbeit von Heim gesucht, bei bescheidenen Ansprüchen. Kein Subtopf. Freundl. Dauerstellung für Heimarbeiter. Angebote mit Lohnanspr. unter A 1815 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension von 5.— Mark an. H. Spiekermann, Karlstr. 51 p.

Wer leiht mir 300 Mk.

auf 1/2 Jahr? Monatl. Rückzahlung und Zinsen. Ich bin erwerbsloser Kaufmann. 300 Mk. leihen mich in die Lage, mir eine Existenz und meiner Familie Brot zu schaffen. Otto Vinus Berlin-Niederlehndorfen, Treptowstr. 27 II. Näheres durch den „Aufwärts“.

Älteres, einfaches Fräulein, selbständig, sucht Stellung

in kleinen Haushalt oder Pflege. Bescheidene Ansprüche. Werte Anerbieten an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“ unter A 1814.

Vogelsberg i. Hess.

Bibelheim Flensburgerhof Station Mücke in Hessen Zur Erholung empfohlen Prospekte auf Verlangen

Vorzüglichen Erholungsaufenthalt

bietet das im Weserbergland gelegene Erholungshaus im Solling bei Dassel. Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Bethel bei Bielefeld.

Die staatl. anert. Haushaltungsschule

Edwardshaus der Westf. Diakonissenanstalt Carola bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Zeitung d. Schule.

Braubach Rhein

Christliches Erholungshaus nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer August Friedrich und Frau

Telefon 34. — Prospekte frei.

Kur-Anstalt Erholungshaus Ebert

vegetarisch und Rohkost Benneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage Pastor Felckeburen. Prospekt frei

Tilsiter Vollkornkase

mit 48/52%, Fett i. T. kostet ab heute nur RM 0,50 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis und Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stoltzka

Dampfmolkerei Jedwillen. Post Motzweihen. Tilsiter Niederung.